

P 01 – 301

**Werte, Interessen, Gemeinschaftssinn?
Ergebnisse der
„Deutsch-Polnischen Elitestudie“**

Matthias Ecker-Ehrhardt

Januar 2001

Arbeitsgruppe: Internationale Politik

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 564

Fax: (030) 25 491 561

e-mail: eberwein@medea.wz-berlin.de

Internet: <http://www.wz-berlin.de>

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

D - 10785 Berlin

Reichpietschufer 50

Zusammenfassung

Das Papier fasst wesentliche Ergebnisse der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“ zusammen, die 1997 bis 1999 in Kooperation mit dem Warschauer Zentrum für Internationale Beziehungen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung durchgeführt wurde. Einleitend wird der Begriff der „Werte- und Interessengemeinschaft“ entlang seiner drei konstitutiven Aspekte – Werte, Interessen und Gemeinschaftssinn – diskutiert. Kontur gewinnt dieser, aus dem politischen Diskurs entlehnte Begriff im Rekurs auf theoretische Überlegungen Karl W. Deutschs und Amitai Etzionies. Die anschließende Analyse der erhobenen Einstellungsdaten ergibt ein insgesamt positives Bild. Auf der Ebene von objektivem Werte- und Interessenskonsens zeigen die befragten Eliten einen Grad an Gemeinsamkeit, der das Postulat einer „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft“ im wesentlichen gerechtfertigt erscheinen lässt. Lediglich hinsichtlich des geringen Grades an Gemeinschaftssinn lassen sich Probleme ausmachen. So zeigt sich, dass die Formulierung gemeinsamer Interessen noch kaum das Kriterium einer „subjektiven Interessengemeinschaft“ erfüllt: eine politische Logik des „kollektiven“ Nutzens, die das gemeinsame über das „nationale Interesse“ stellt.

Abstract

The paper summarizes the main findings of the “German-Polish Elite Study“, a comparative research project by the Social Science Center Berlin and the Centre of International Relations in Warsaw, which both gathered data on elite attitudes in two joined surveys in 1998. The idea of a “German-Polish Community of Values and Interests” – an expression recursively heard in the contemporary political discourse – is developed as an analytic concept, drawing on the sociologically inspired works of Karl W. Deutsch and Amitai Etzioni. The presentation of the empirical findings is preceded by the three constitutive aspects of what is commonly understood as a “community”: common values, common interests and – last but not least – a “sense of community”, in terms of social identification and the political logic of the common good. What we found is, that the premise of an objective consensus is justified, as values and interests seem indeed widely shared between members of the German and Polish elites. Hence, in a subjective perspective, it turned out that a “sense of community” is not more than a marginal phenomenon.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. "Werte- und Interessengemeinschaft": theoretischer Gehalt	2
3. Elitebegriff und -auswahlmodus der Deutsch-Polnischen Elitestudie	4
4. Interessengemeinschaft?	6
4.1 NATO-Beitritt Polens	7
4.2 EU-Mitgliedschaft Polens	10
4.3 Zwischengesellschaftliche Kontakte	14
5. Wertegemeinschaft?	16
5.1 Außenpolitische Kultur	17
5.2 Verteilung gesellschaftlicher Werte	19
6. Gemeinschaftssinn: Verbundenheit und „subjektive Interessengemeinschaft“	22
6.1 Wechselseitige Gefühle von Verbundenheit	22
6.2 "Subjektive Interessengemeinschaft"?	24
7. Fazit: „nur“ eine „objektive Interessen- und Wertegemeinschaft“	27
Literatur	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zustimmung zum Beitritt Polens zur NATO	7
Tabelle 2: NATO-Beitritt - Vorteile für Polen und Deutschland	8
Tabelle 3: NATO-Beitritt - Nachteile für Polen und Deutschland	8
Tabelle 4: Mit welchen Ländern sollte die NATO bei nächster Gelegenheit Beitrittsverhandlungen führen?	9
Tabelle 5: Zustimmung zu einem polnischen EU-Beitritt	10
Tabelle 6: EU-Betritt – Vorteile für Deutschland und Polen	11
Tabelle 7: EU-Betritt – Nachteile für Polen und Deutschland	11
Tabelle 8: Mit welchen Ländern sollte die EU bei nächster Gelegenheit Bei- trittsverhandlungen beginnen?	12
Tabelle 9: Befürworten Sie eine weitere Integration?	13
Tabelle 10: Wie werden sich die deutsch-polnischen Beziehungen entwickeln?	15
Tabelle 11: Wie viel würden Deutsche und Polen wohl bei einer Intensivierung ihrer Beziehungen gewinnen?	15
Tabelle 12: Eigene Kontakte	15
Tabelle 13: Wie sollte sich ihr Land in der Welt politisch beteiligen?	18
Tabelle 14: Demokratischer und gesellschaftspolitischer Wertekonsens	21
Tabelle 15: Verbundenheit	23
Abbildung 1: Subjektive Interessengemeinschaft?	25

1. Einleitung

Mit den deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 ist der auf staatlicher Ebene nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 weitgehend zum Stillstand gekommenen Prozess der Annäherung ein erhebliches Stück weitergekommen (vgl. Bingen 1998). Dies war und ist mit Blick auf die gemeinsame Geschichte ein viel beachteter Schritt, bildeten Deutsche und Polen doch nach weitgehend übereinstimmend erzählter Geschichte eine eherne Konstante als „Konfliktgemeinschaft“ – von der Machtpolitik des Deutschen Ordens gegen die polnischen Herrscher, über Preußens Rolle als eine der drei Teilungsmächte und schließlich dem deutschen Überfall, Besatzungsregime und anschließender Vertreibung. Solche kollektiven Eckdaten gemeinsamer Erfahrungen gaben den in den Verträgen gewählten Formulierungen von einer Zukunft „gutnachbarschaftlicher Beziehungen“ und sogar „Freundschaft“ den Charakter einer politischen Projektbeschreibung mit erheblichem utopischem Gehalt.

Entsprechend paradox scheint sich das deutsch-polnische Verhältnis in der Folge zu entwickeln: Im politischen und wirtschaftlichen Bereich manifestieren sich die weitreichenden Hoffnungen in konkretem Handeln, während Umfragen das immer gleiche Bild zweier in Vorurteilen verharrender Völker zeichnen (vgl. etwa Oschlies 1996, Lisiecki 1996). Beide Diagnosen sind widersprüchlich und verweisen auf gravierende Forschungsdefizite. Ein Teil dieses Defizits im Hinblick auf Einstellungen deutscher und polnischer Eliten zu schließen, ist das wesentliche Ziel dieses Papers bzw. des ihm zugrundeliegenden Forschungsprojektes: Die sich in den allgemeinen Bevölkerungsumfragen auf wenige Prozentzahlen verdichtende *public opinion*, so die Annahme, geht in ganz unterschiedlichem Maße in die manifesten Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften ein, weil Teile der Bevölkerung mehr Einfluss nehmen (können) als anderen. Geht man davon aus, dass gesellschaftliche Macht ungleich verteilt ist, so geben die üblichen Meinungsumfragen ein verzerrtes, ja gegebenenfalls irreführendes Bild von Chancen und Risiken „gutnachbarschaftlicher Beziehungen“. Als *missing link* erscheint demgemäß das Denken jener besonders einflussreichen Kreise beider Gesellschaften, die an der Spitze von Regierungen, Parteien, Unternehmen und Verbänden stehen und deren Handeln maßgeblich verantworten. Die Frage, ob das im Freundschaftsvertrag skizzierte Projekt knapp zehn Jahre nach seiner Formulierung auf der Ebene dieser Führungsschichten bereits Realität ist, war entsprechend der Ausgangspunkt der vergleichend angeleg-

ten Deutsch-Polnischen Elitestudie¹, die 1998 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau, durchgeführt wurde und auf deren Ergebnisse im folgenden ausführlich eingegangen wird.

2. "Werte- und Interessengemeinschaft": theoretischer Gehalt

Neben der Frage ungleich verteilter Einflussressourcen bleibt natürlich auch die Motivlage von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftliche Akteuren durch eine Diskussion von Vorurteilen auf beiden Seiten nur unzureichend bestimmt. Die politische Logik der Verträge hat nicht von ungefähr gemeinsame Interessen in die Waagschale geworfen, ohne indes mit dem Stichwort der „Freundschaft“ den normativen und emotionalen Gehalt der formulierten Version von „guter Nachbarschaft“ aus dem Blick zu verlieren. Das in der deutsch-polnischen Diskussion seit geraumer Zeit kursierende Schlagwort der „Werte- und Interessengemeinschaft“ hat beide Aspekte zu einem Begriff mit Leitbildcharakter verdichtet. Es wurde im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie als analytischer Bezugspunkt genommen, um den Bestand „gutmachbarschaftlicher Beziehungen“ und „Freundschaft“ in einem umfassenderen Sinne empirisch anzugehen.

Um den Begriff der „Werte- und Interessengemeinschaft“ als wissenschaftliche Kategorie überhaupt sinnvoll nutzen zu können, muss er allerdings mit theoretischen Überlegungen aus der Soziologie und politikwissenschaftlichen Integrationsforschung aufgeladen werden (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001). Kontur gewinnt er durch Überlegungen Karl W. Deutschs und Amitai Etzionis:

Von Karl W. Deutsch lässt sich die Einsicht übernehmen, dass die friedliche Konstitution politischer Beziehungen nicht immer nur in Bezug auf Machtbalance und politische „Amalgamierungen“ (Föderationen, Unionen) gedacht werden muss, sondern darüber hinaus auch als ein Prozess sozialer Verflechtung und sozialpsychologischer Identifikation. Deutschs Vorstellung von einer „Sicherheitsgemeinschaft“ scheint dabei den Zustand „gutmachbarschaftlicher Beziehungen“ bereits in einem wesentlichen Punkt zu umreißen: Eine Sicherheitsgemeinschaft besteht dann, wenn die beteiligten Gesellschaften bzw. ihr außenpolitisches Entscheidungspersonal von dauerhaft friedlichen Beziehungen miteinander ausgehen (Deutsch et

¹ Die Studie wurde initiiert von Botschafter a. D. Janusz Reiter und stand auf deutscher Seite unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Wolf-Dieter Eberwein. Für die Finanzierung der deutschen Teilstudie zeichnet neben dem Wissenschaftszentrum das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Förderkennzeichen SWF0119/3) verantwortlich.

al. 1957). Als günstig hierfür beschreibt Deutsch im Rahmen seines „soziokausalen“ Paradigmas unter anderem einen hohen Grad kultureller Gemeinsamkeit, Interessenkompatibilität und Gemeinschaftssinn (*we-ness*) – soziale Tatbestände, die er in seinen kommunikationstheoretischen Arbeiten durch soziales Lernen in Zusammenhängen wirtschaftlicher und sozialer Verflechtung zu erklären versucht hat (Deutsch 1966, vgl. auch Fisher 1969, Puchala 1981, Wendt 1994, Adler/Barnett 1998, Stone Sweet/Sandholtz 1998).

Um diese soziologische Sicht auf internationale Integrationsprozesse systematisch mit dem Begriff der „Werte- und Interessengemeinschaft“ zu verbinden, können die bereits bei Deutsch diskutierten ideellen Aspekte im Rekurs auf Amitai Etzioni (1968) sortiert werden. Um unterschiedliche Formen internationaler Vergemeinschaftung zu differenzieren unterscheidet er drei Bereiche: einen „koerziven“ (Zwang), einen „utilitaristischen“ (gemeinsame Interessen) und einen „normativen“ (Symbole, Werte, Gefühle). Politische Gemeinschaften zeichnen sich Etzioni zufolge durch einen hohen Grad an Integration in allen drei Bereichen aus, während etwa Unionen jeweils ein niedriges Integrationsniveau aufweisen. Andere Formen definieren sich über einen unterschiedlichen Integrationsgrad in einzelnen Bereichen: Commonwealths beispielsweise sind lediglich normativ stark integriert, aber nur mittelmäßig bezüglich ihrer Interessen und eher niedrig im koerziven Bereich. Kolonialreiche dagegen weisen umgekehrt einen niedrigen Grad an normativer Integration auf und müssen entsprechend durch Zwang ihren Zusammenhalt sichern.

Vor dem Hintergrund dieser soziologisch inspirierten Terminologie postuliert eine „Werte- und Interessengemeinschaft“ dann eine bei Deutsch bereits implizierte, von Etzioni allerdings nicht weiter beachtete Gemengelage zwischengesellschaftlicher Integration: Ein Verhältnis, das auf einem festen Fundament normativer und utilitaristischer Gemeinsamkeit fußt, ohne indes im Hinblick auf einen gemeinsamen Bereich sanktionsfähiger Institutionen, also eines „koerziven Bereichs“ (bislang²) politisch-administrativen Gemeinschaftscharakter zu besitzen.

Vor der groben Folie dieser soziologischen Kategorien lassen sich nun die in der Deutsch-Polnischen Elitestudie erhobenen Einstellungen darauf hin prüfen, ob die Eliten Deutschlands und Polens tatsächlich die mit dem Stichwort der „Werte- und Interessengemeinschaft“ in Verbindung zu bringenden Gemeinsamkeiten aufweisen. Bevor dies geschieht, bleibt aller-

2 Dies würde und wird sich durch eine Integration Polens in die Europäische Union natürlich faktisch ändern. Auch unterschlägt diese Formulierung die multilaterale Einbindung beider Staaten in andere Organisationsstrukturen wie NATO, KSZE, UN etc. Zur Differenzierung des „koerziven Bereichs“ im internationalen System siehe Groom/Taylor (1990).

dings noch zu klären, was der Begriff der Eliten im Kontext internationaler Beziehungen sinnvollerweise bedeutet bzw. welche Personen dem Kreis der „deutsch-polnischen Integrationselite“ zugerechnet und befragt wurden.

3. Elitebegriff und -auswahlmodus der Deutsch-Polnischen Elitestudie³

Die integrationstheoretische Literatur hat bislang leider kaum analytisch trennscharfe und empirisch weiterführende Elitedefinitionen vorgelegt, obgleich sie die Erwartungen und Einstellungen von Eliten lange Zeit als entscheidend für die Chancen von Integrationsprozessen herausstellte (Deutsch et al. 1957; Haas 1958; vgl. Sinnott 1995). Für eine Definition von „Integrationseliten“ wurde im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie daher in einem ersten Schritt auf den allgemeinen Begriff der „Machtelite“ zurückgegriffen (vgl. Zapf 1965; Etzioni-Halevy 1993; Hoffmann-Lange 1992; Bürklin/Rebenstorf et al. 1997). Er bezeichnet den Kreis derjenigen Personen, „die sich durch ihre gesellschaftliche Macht bzw. ihren Einfluss auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen auszeichnen“ (Hoffmann-Lange 1992: 19; Field/Highley 1983: 34). Die „Machteliten“-Konzeption wendet sich damit ausdrücklich gegen ältere Vorstellungen von „Wert-“ bzw. „Qualifikationseliten“. Sie erweist sich demgegenüber der funktionalistischen Systemtheorie als anschlussfähig, die das Vorhandensein einzelner „Machtzentren“ in den jeweiligen Teilsystemen einer Gesellschaft postuliert (Stammer 1951, Rebenstorf 1995).

Doch „Macht“ wozu? Welche Positionen in Deutschland und Polen sind relevant, sofern man „gesamtgesellschaftliche Relevanz“ in der obigen Definition nach Hoffmann-Lange durch „integrationspolitische Relevanz“ ersetzt – also nicht „nationale Machteliten“ sondern „Integrationseliten“ untersuchen will? Ausgangspunkt für die konkrete Definition einer „Integrationselite“ im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie bildet ein relativ weites Verständnis von Integration. Gerade in einer Zeit, in der nichtstaatliche Akteure die Außenbeziehungen von Gesellschaften maßgeblich bestimmen (Czempiel 1994, Risse-Kappen 1995), so die Annahme, kommt staatlicher Integrationspolitik eine besondere Bedeutung bei der Gestaltung des politischen Rahmens „gutnachbarschaftlicher Beziehungen“ auf der Ebene zwischengesellschaftlicher Kontakte zu. Damit sind erstens all jene Eliten für eine entsprechende Erhebung relevant, die im *demokratischen Willensbildungsprozess* einflussreich genug sind, integrationspolitisch bedeutsame Entscheidungen zu treffen bzw. zu beeinflussen. Diese Ein-

schätzung lässt sich auf zwischenstaatlicher Ebene sowohl vor dem Hintergrund ihres (formalen oder informellen) direkten Einflusses auf solche Entscheidungen begründen, als auch wegen ihrer indirekten Macht, politische Entscheidungen aufgrund von Meinungsbildungsprozessen in der breiten Bevölkerung bzw. innerhalb der Elite selbst zu steuern (Deutsch 1968, Habermas 1992, Gerhards 1993, Wessels 1995).

Zweitens ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass günstige politische Rahmenbedingungen zwar eine notwendige, keinesfalls aber eine hinreichende Bedingung für erfolgreiche Integration darstellen, denn inwieweit nichtstaatliche Akteure *selbst grenzübergreifende Beziehungen knüpfen und pflegen*, ist in Demokratien nur bedingt politisch regulierbar. Entsprechend spielten Pluralität und Autonomie gesellschaftlicher Akteure in Integrationstheorien eine entscheidende Rolle (etwa Schmitter 1971 1996, Keohane/Nye 1972 1977). Vor dem Hintergrund dieser doppelten Rolle gesellschaftlicher Eliten wurde daher im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie entschieden, den gesamten Kreis der in der einschlägigen Forschung gemeinhin als „nationale Elite“ (Hoffmann-Lange 1981) bezeichneten Personen zur „Integrationselite“ zu zählen.

Die konkrete Auswahl von zu befragenden Personen erfolgte mit Hilfe des in der empirischen Eliteforschung verbreiteten „*Positionsansatzes*“. Dabei werden diejenigen Personen ermittelt, die sich in führenden Positionen großer Organisationen und Institutionen befinden, in unserem Falle etwa als Parlamentarier, Minister, Wirtschafts- und Medienunternehmer, Gewerkschaftsführer oder Vorstände von Verbänden. Dies geschieht unter der Annahme, dass „Machtausübung in komplexen Gesellschaften die Verfügungsgewalt über Ressourcen voraussetzt, die an die Einnahme formaler Führungspositionen gebunden ist“ (Hoffmann-Lange 1992: 355). Auf deutscher Seite konnte auf die Positionsliste der „Potsdamer Elitestudie“ (Bürklin/Rebenstorf et al. 1997) zurückgegriffen werden, die ihrerseits auf den früheren Studien unter der Leitung Rudolf Wildenmanns aufbaut (Hoffmann-Lange 1992). Die Ergebnisse der deutschen Teilstudie sind damit an eine bereits seit langem etablierte Eliteforschung anschlussfähig.

Von den 4587 Position der Potsdamer Eliteliste wurde für das deutsche Sample eine Zufallsauswahl von 1200 Positionen getroffen, von deren aktuellen Inhabern 1130 Personen mit Adressen ermittelt werden konnten. Ihnen wurde zeitgleich mit der polnischen Befragung Ende Januar 1998 ein erster Fragebogen zugeschickt. Ein zweites Anschreiben mit dem glei-

3 Eine wesentlich ausführlichere Darstellung findet sich in Ecker (1998) und Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001).

chen Fragebogen erfolgte genau einen Monat später an alle diejenigen, von denen bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Antwort eingegangen war. Insgesamt erhielten wir auf deutscher Seite 439 ausgefüllte Fragebögen zurück (38,9 Prozent Rücklaufquote bezogen auf 1130 angeschriebene Personen). Auf polnischer Seite erfolgte die Auswahl und Recherche polnischer Persönlichkeiten durch das Meinungsforschungsinstitut DEMOSKOP (Warschau) das auch die Befragung auf polnischer Seite im Auftrag des Zentrums für Internationale Beziehungen durchführte. Anfang Februar 1998 wurden insgesamt 753 Fragebögen persönlich verteilt, von denen insgesamt 312 ausgefüllt zurückgesandt wurden. Das entspricht auf polnischer Seite einer Rücklaufquote von 41,4 Prozent, die damit auf beiden Seite im für Elitebefragungen üblichen Rahmen blieb.

4. Interessengemeinschaft?

Interessen stehen von jeher im Blickpunkt, wenn es darum geht, Konflikte im innen- wie außenpolitischen Bereich zu erklären bzw. zu entschärfen. Eine auf dauerhafte Kooperation abzielende Strategie internationaler Integration wie im Falle des europäischen Einigungsprozesses hat folgerichtig von Anfang an nach gemeinsamen Interessen der beteiligten Gesellschaften gesucht, um sie bzw. ihre Repräsentanten davon zu überzeugen, dass gemeinsame Institutionen von gegenseitigem Vorteil sind (Lindberg 1971, Schmitter 1996, Moravcsik 1998). Der Begriff der „Interessengemeinschaft“ wurde in diesem Sinne von Deutsch an eine Situation gekoppelter Interessen gebunden, d.h. für Fälle reserviert, in denen zumindest ein Teil der erzielbaren Vorteile nur durch Kooperation realisiert werden kann (Deutsch 1968: 227).

Nimmt man die für unsere Studie zentrale Annahme zweier Ebenen des deutsch-polnischen Integrationsprozesses auf – einer außenpolitischen bzw. zwischenstaatlichen und einer zwischengesellschaftlichen Ebene – so kann entsprechend auf beiden nach dem aktuellen Stand einer „Interessengemeinschaft“ gefragt werden. Auf der außenpolitischen Ebene scheinen dabei vor allem die NATO und EU-Integration Polens von Bedeutung, während auf zwischengesellschaftlicher Ebene natürlich an dieser Stelle nicht zuletzt die eigenen Kontakte der befragten Eliten interessieren.⁴

4 Konflikthemen wie die gemeinsame Grenze, Bodenerwerb von Deutschen in Polen oder die deutsche Minderheit scheinen dabei weitere mögliche Hürden im deutsch-polnischen Verhältnis zu sein, deren Bewertung einer Definition bzw. Signifikanz gemeinsamer Interessen etwa in Bezug auf die Europäische Integration oder der NATO ebenfalls entgegenstehen könnten. Diese Themen waren zwar Gegenstand der Studie, für eine Präsentation der Ergebnisse sei jedoch aus Platzgründen auf die ausführliche Publikation Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001) verwiesen.

Tabelle 1: Zustimmung zum Beitritt Polens zur NATO

polnische Befragte		deutsche Befragte	
dafür	N	dafür	N
97%	316	84%	433

Die Antworten wurden entlang einer 5-stufigen Skala von "bin sehr dafür" bis "bin sehr dagegen" kodiert. Die ausgewiesenen Prozent entsprechen den Antworten "sehr dafür" und "eher dafür". Der sich zu 100 Prozent ergebende restliche Anteil an Befragten verteilt sich auf ablehnende Antworten bzw. der als "teils/teils" bewerteten Mittelkategorie.

4.1 NATO-Beitritt Polens

Der zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 1998 offiziell noch nicht beschlossene Beitritt Polens zum transatlantischen Bündnis traf mit 84 Prozent auf deutscher und sogar 97 Prozent auf polnischer Seite auf breite Zustimmung – und es besteht wohl kein Anlass zu der Annahme, dass sich dies nach dem faktischen Vollzug des Beitritts entscheidend gewandelt haben dürfte (Tabelle 1). Dieser Interessenskonsens erfüllt indes streng genommen noch nicht das formulierte Kriterium einer „Interessengemeinschaft“: einer Situation gekoppelter Vorteile. Entsprechend war für uns in einem ersten Schritt vor allem interessant, wie die befragten Eliten denn die Vorteile für Deutschland bzw. Polen durch den polnischen Beitritt tatsächlich definieren.

Hiernach gefragt, stimmen knapp zwei Drittel der deutschen Befragten der Einschätzung zu, dass Deutschland Sicherheit an seiner östlichen Grenze gewinne, immerhin noch rund die Hälfte erwartet einen höheren politischen Einfluss Deutschlands in Osteuropa (Tabelle 2, nächste Seite). Auf polnischer Seite erwarteten rund 87 Prozent der Befragten mehr Sicherheit vor russischer Einmischung, rund 83 Prozent eine Stabilisierung der polnischen Demokratie und Marktwirtschaft und immerhin noch 66 Prozent, dass Polen hiermit vollkommen als Teil Europas anerkannt werde. Diese Ergebnisse belegen die feste Basis utilitaristischer Motive, auf der die sicherheitspolitische Integration Polens und Deutschlands im Rahmen des transatlantischen Bündnisses gründet.

Tabelle 2: NATO-Beitritt - Vorteile für Polen und Deutschland

	deutsche Befragte	
	Ja	N
Durch einen NATO-Beitritt Polens wird Deutschland...		
... Sicherheit an seiner östlichen Grenze gewinnen	74%	427
... politischen Einfluß in Osteuropa gewinnen	51%	424
	polnische Befragte	
	Ja	N
Durch Beitritt zur NATO wird Polen ...		
... Sicherheit vor russischer Einmischung gewinnen	87%	313
... seine Demokratie und Marktwirtschaft stabilisieren	83%	309
... vollkommen als Teil Europas anerkannt werden	66%	311

Tabelle 3: NATO-Beitritt - Nachteile für Polen und Deutschland

	deutsche Befragte	
	Ja	N
Die NATO-Osterweiterung wird antidemokratische Kräfte in Russland stärken	40%	424
Für die bisherigen Bündnispartner sind die Kosten der Erweiterung zu hoch	16%	421
Eine weitere Reform der europäischen Sicherheitsarchitektur wird behindert	11%	423
	polnische Befragte	
	Ja	N
Die NATO-Osterweiterung wird antidemokratische Kräfte in Russland stärken	34%	315
Für Polen sind die Kosten einer Erweiterung zu hoch	23%	310
Eine weitere Reform der europäischen Sicherheitsarchitektur wird behindert	8%	311

Die fünfstufige Skala verlief von "definitiv nein" bis "definitiv ja", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "ja" zusammengefasst.

Tabelle 4: Mit welchen Ländern sollte die NATO bei nächster Gelegenheit Beitrittsverhandlungen führen?

polnische Befragte		deutsche Befragte	
Litauen	(64%)	Slowenien	(52%)
Lettland	(60%)	Litauen	(46%)
Estland	(57%)	Lettland	(46%)
Slowenien	(56%)	Estland	(45%)
Slowakei	(54%)	Slowakei	(35%)
Ukraine	(39%)	Kroatien	(19%)
Rumänien	(30%)	Rumänien	(18%)
Kroatien	(25%)	Bulgarien	(12%)
Bulgarien	(23%)	Ukraine	(9%)
Weißrussland	(10%)	Russland	(8%)
Russland	(6%)	Weißrussland	(7%)
Albanien	(5%)	Albanien	(4%)

Länder mit über 50 Prozent Zustimmung sind *kursiv* gesetzt.

Diese Bilanz wird noch unterstrichen, wenn man die Erwartungen über negative Auswirkungen des polnischen Beitritts betrachtet (Tabelle 3). Vor allem die Befürchtung, die Osterweiterung könnte antidemokratische Kräfte in Russland stärken, wird auf beiden Seiten von einer signifikanten Minderheit von 34 bzw. 40 Prozent geteilt. Die Behinderung einer weiteren Reform der europäischen Sicherheitsarchitektur wird demgegenüber nur von einem verschwindend geringen Teil der Eliten Bedeutung beigemessen. Immerhin rund 23 Prozent der polnischen Befragten halten allerdings auch die Kosten einer Erweiterung für Polen – das nach wie vor an der Last des gesellschaftlichen Transformationsprozesses schwer zu tragen hat – für zu hoch. Die vergleichbare Einschätzung auf deutscher Seite zu hoher Kosten für die bisherigen Mitglieder des Bündnisses wird sogar von nur 16 Prozent geteilt.

Dass auch langfristig kaum konfligierende Interessen auftreten dürften, zeigt ein Blick in die „Wunschlisten“ zukünftiger Erweiterungskandidaten: Zwar ergibt die Befragung auf polnischer Seite durchweg breitere Zustimmung für die Aufnahme der betreffenden Länder, die sich abzeichnenden Präferenzhierarchien beider Seiten sind jedoch weitgehend vergleichbar (Tabelle 4). Die baltischen Staaten sowie die Slowakei und Slowenien belegen jeweils die

Tabelle 5: Zustimmung zu einem polnischen EU-Beitritt

polnische Befragte		deutsche Befragte	
dafür	N	dafür	N
95%	311	85%	433

Die fünfstufige Skala verlief von "bin sehr dafür" bis "bin sehr dagegen", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "dafür" zusammengefasst.

vorderen Plätze, obgleich auf deutscher Seite nur Slowenien tatsächlich über die Hälfte der Befragten auf seiner Seite hat und bei den polnischen Befragten die baltischen Nachbarn noch deutlich vor Slowenien rangieren. Nach dieser Spitzengruppe verläuft die Abnahme an Zustimmung relativ stetig bis zu den Schlusslichtern Weißrussland, Russland und Albanien.

Erhebliche Unterschiede im „Mittelfeld“ sind bei der Bewertung einer möglichen ukrainischen Kandidatur zu beobachten: Hier zeigen sich die polnischen Befragten wesentlich positiver orientiert als die deutschen, was nicht nur der gemeinsamen Geschichte und der hiervon ausgehenden Minderheitenproblematik, sondern auch einer höheren Bereitschaft (und Kenntnis) der Polen geschuldet sein mag, die Orientierung der Ukraine nach Europa als legitimen Anspruch auf Eigenständigkeit zu würdigen und im eigenen Interesse zu fördern.

4.2 EU-Mitgliedschaft Polens

Auch in Bezug auf den polnischen Status als EU-Kandidat lassen sich gemeinsame Interessen bestimmen (Tabelle 5). Mit 85 Prozent auf deutscher und sogar 95 Prozent auf polnischer Seite hat eine Aufnahme aus Sicht beider Eliten offensichtlich politische Priorität. Dass es sich hierbei um einen Fixpunkt der deutsch-polnischer Interessengemeinschaft handelt, spiegeln die von beiden Seiten erwarteten Vorteile eines solchen Schrittes (Tabelle 6). Die deutschen Befragten erwarten mit großer Mehrheit neue Märkte (82 Prozent), aber auch Sicherheit (61 Prozent) und einen wachsenden politischen Einfluss Deutschlands in Osteuropa (59 Prozent). Bei den polnischen Befragten finden die in den Fragen vorgegebenen Vorteile ebenfalls fast durchweg breite Zustimmung: vollkommen als Teil Europas anerkannt zu werden wird dabei mit Abstand am häufigsten bejaht (92 Prozent), aber auch Sicherheit spielt eine gewichtige Rolle (77 Prozent), sowie eine Steigerung des Lebensstandards (54 Prozent) und die Hoffnung die polnische Kultur in die EU einbringen zu können. Lediglich den Vorteil, erhebliche Unterstützung aus EU-Fonds zu erhalten, mag man auf polnischer Seite nicht mehrheitlich als realistische Erwartung gelten lassen.

Tabelle 6: EU-Betritt – Vorteile für Deutschland und Polen

	deutsche Befragte	
	Ja	N
Durch Aufnahme Polens in die EU wird Deutschland...		
... neue Märkte gewinnen	82,3%	434
... Sicherheit an seiner östlichen Grenze gewinnen	61,4%	428
... politischen Einfluss in Osteuropa gewinnen	59,4%	434
	polnische Befragte	
	Ja	N
Durch die Aufnahme in die EU wird Polen...		
... vollkommen als Teil Europas anerkannt werden	92,4%	316
... Sicherheit vor russischer Einmischung gewinnen	76,7%	317
... seinen Lebensstandard umgehend steigern	55,6%	315
... die polnische Kultur in die EU einbringen zu können	54,4%	316
... erhebliche Unterstützung aus EU-Fonds erhalten	40,7%	317

Tabelle 7: EU-Betritt – Nachteile für Polen und Deutschland

	deutsche Befragte	
	Ja	N
Die Öffnung der Grenze zwischen Deutschland und Polen wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschärfen	48,4%	436
Für die bisherigen Mitglieder sind die Kosten der Erweiterung zu hoch	28,2%	432
Eine EU-Erweiterung wird antidemokratische Kräfte in Russland stärken	18,5%	433
Eine größere EU wird unregierbar und zu einer weiteren Integration kaum noch fähig sein	15,7%	434
	polnische Befragte	
	Ja	N
Für Polen sind die Kosten einer Erweiterung zu hoch	29,8%	312
Eine EU-Erweiterung wird antidemokratische Kräfte in Russland stärken	26,8%	315
Eine größere EU wird unregierbar und zu einer weiteren Integration kaum noch fähig sein	5,4%	315

Die fünfstufige Skala verlief von "bin sehr dafür" bis "bin sehr dagegen", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "dafür" zusammengefasst.

Tabelle 8: Mit welchen Ländern sollte die EU bei nächster Gelegenheit Beitrittsverhandlungen beginnen?

polnische Befragte		deutsche Befragte	
Litauen	(61%)	Litauen	(68%)
Lettland	(60%)	Lettland	(68%)
Slowakei	(45%)	Slowakei	(46%)
Ukraine	(35%)	Rumänien	(19%)
Türkei	(20%)	Türkei	(18%)
Rumänien	(15%)	Bulgarien	(16%)
Bulgarien	(11%)	Ukraine	(12%)
Weißrussland	(6%)	Weißrussland	(9%)
Russland	(4%)	Russland	(9%)

Länder mit über 50 Prozent Zustimmung sind kursiv gesetzt.

Die negativen Konsequenzen eines Beitritts werden übrigens überwiegend nur von einer Minderheit der Befragten als wahrscheinlich bewertet (Tabelle 7). Lediglich negative Folgen für die Arbeitslosigkeit in Deutschland werden auf deutscher Seite von fast der Hälfte der Befragten erwartet. Ansonsten scheinen die Eliten mit deutlicher Mehrheit optimistisch gestimmt, dass negative Folgewirkungen wie eine unregierbare EU, erstarkende antidemokratische Kräfte in Russland oder zu hohe Kosten für die Beteiligten nicht auftreten werden.

Auch im Falle der EU stellt sich natürlich die Frage, wie sich die Gemeinsamkeiten über den „Tag X“ eines polnischen Beitritts hinaus entwickeln dürften. Entsprechend der beiden großen Themen der europäischen Integration von zukünftiger Erweiterungen bzw. vertiefender Integration sollen im Folgenden kurz beide „Wunschlisten“ darauf hin geprüft werden, inwieweit Präferenzen die für eine „Interessengemeinschaft“ notwendige Kongruenz aufweisen.

Die EU hatte bereits geraume Zeit vor der Elitebefragung im Januar bzw. Februar 1998 angekündigt, mit Polen, Ungarn, Estland, Slowenien, der Tschechischen Republik und Zypern bilaterale Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Daher stand schon seinerzeit die Frage im Vordergrund, welchen Ländern über diesen illustren Kreis hinaus Chancen auf baldige Aufnahme in die EU eingeräumt werden kann. Im Urteil der deutschen und polnischen Elite sind wiederum vergleichbare Präferenzen zu beobachten, lediglich in Bezug auf die Ukraine ergeben sich deutliche Bewertungsunterschiede (Tabelle 8). Eine geringere Zustimmung zu einer

Tabelle 9: Befürworten Sie eine weitere Integration?

polnische Befragte		deutsche Befragte	
Umweltpolitik	(95%)	Sicherheitspolitik	(93%)
Sicherheitspolitik	(92%)	Außenpolitik	(90%)
Einwanderungspolitik	(81%)	Einwanderungspolitik	(88%)
Wirtschaftspolitik	(76%)	Währung	(87%)
Sozialpolitik	(72%)	Umweltpolitik	(86%)
Währung	(71%)	Wirtschaftspolitik	(79%)
Armee	(69%)	Finanzpolitik	(75%)
Außenpolitik	(68%)	Sozialpolitik	(61%)
Finanzpolitik	(63%)	Armee	(57%)
Staatsbürgerschaft	(49%)	Polizei	(45%)
Polizei	(46%)	Staatsbürgerschaft	(45%)

Die fünfstufige Skala verlief von "definitiv nein" bis "definitiv ja", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "ja" zusammengefasst. Politikfelder mit über 50 Prozent Zustimmung sind kursiv gesetzt.

erneuten Erweiterungsrunde wie im Falle der NATO ist ebenfalls ersichtlich, überraschender jedoch Weise auf polnischer Seite: So erreichen die beiden ersten Präferenzen Litauen und Lettland bei 61 bzw. 60 Prozent der polnischen Befragten Zustimmung zur Aufnahme in den Kreis der Kandidaten bei nächster Gelegenheit; auf deutscher Seite sogar 68 Prozent. Ob sich hier ein größerer Respekt der polnischen Befragten vor den noch vor diesen Ländern liegenden Transformationsproblemen widerspiegelt, oder auch die größere Nähe zu Russland und den baltischen Ländern eine gewisse Vorsicht gegenüber möglichen Konflikten im Zuge eines Erweiterungsprozesses induziert, ist aus diesen Daten natürlich nicht abzulesen. Beides mag eine Rolle spielen. Knapp unter der absoluten Mehrheit liegt jeweils der Anteil derer, die die Slowakei (46 bzw. 45 Prozent) bei nächster Gelegenheit zum Kandidaten küren wollen, auf polnischer Seite folgt die Ukraine mit immerhin 35 Prozent. Ein Kandidatenstatus aller anderen Ländern erreicht deutlich geringere Zustimmung. Weißrussland und Russland sind wiederum die Schlusslichter.

Was vertiefende Integrationsschritte anbetrifft, wurden unseren Befragten verschiedene Politikbereiche vorgelegt, deren Integration auf europäischer Ebene bewertet werden sollte. Die Präferenzen sind auch diesbezüglich im wesentlichen deckungsgleich, denn bis auf gemeinsame Polizei und Staatsbürgerschaft wird eine Integration in allen abgefragten Bereichen

mit großer Mehrheit unterstützt (Tabelle 9). Die vielfach kritisierte Verpflichtung der Kandidaten auf zukünftige Integrationsschritte erscheint vor dem Hintergrund dieser großen Zustimmung unten den polnischen Befragten also relativ unproblematisch. Besonders auffällig ist die fast widerspruchslose Unterstützung einer weiteren sicherheits-, einwanderungs-, und umweltpolitischen Integration mit jeweils mindestens 80 Prozent auf beiden Seiten. Unterschiedliche Akzentsetzungen sind freilich zu beobachten: So wünschen ganze 90 Prozent der deutschen aber nur 68 Prozent der polnischen Befragten eine gemeinsame Außenpolitik. Ähnlich verhält es sich bei der Währungspolitik, denn auch hier zeigen sich rund 87 Prozent der deutschen Befragten integrationsorientiert, gegenüber immerhin 71 Prozent auf polnischer Seite.

4.3 Zwischengesellschaftliche Kontakte

Der integrationspolitischen Bedeutung der befragten Führungskräfte wird man mit einer Analyse ihrer außenpolitischen Orientierungen allein jedoch nur unzureichend gerecht. Gerade die Tatsache, dass sie als Entscheider in großen Organisationen wie Unternehmen, Verbänden, Parteien oder Kirchen darauf Einfluss haben, ob diese sich an grenzübergreifenden Verflechtungsprozessen beteiligen oder nicht, macht die Befragten ja als Mitglied der jeweiligen „Integrationselite“ so interessant.

Das Klima der grenzübergreifenden Kontakte scheint dabei auf beiden Seiten grundsätzlich optimistisch, aber nicht (mehr) euphorisch zu sein. Auf die Frage, wie sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet entwickeln werden, zeigen sich vor allem die deutschen Befragten fast durchweg von in Zukunft intensiveren Beziehungen überzeugt (Tabelle 10). Während der Anteil von solchen Erwartungen bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen mit 98 Prozent schon gegen Hundert geht, erwarten immerhin noch 94 bzw. 92 Prozent auch politisch und kulturell intensivere Beziehungen. Auf polnischer Seite ist dieser Optimismus differenzierter. Hier erwarten zwar auch 91 Prozent intensivere Wirtschaftsbeziehungen, jedoch nimmt dieser Anteil hinsichtlich politischer (80 Prozent) und kultureller (74 Prozent) Beziehungen deutlich ab. Hierin mag sich ein gewisser Realismus ausdrücken, der einer Rhetorik der neuen „Priorität“ Polens für Deutschland wohl zunehmend skeptisch gegenübersteht.

Bevor dies anhand unserer Daten genauer beleuchtet wird, zeigt ein Blick auf die erwarteten Vorteile intensiverer Beziehungen, dass das Diktum der „Interessengemeinschaft“ in der Tat nicht ungeteilte Zustimmung findet (Tabelle 11). Zwar sind jeweils deutliche Mehr-

Tabelle 10: Wie werden sich die deutsch-polnischen Beziehungen entwickeln?

	polnische Befragte		deutsche Befragte	
	intensiver	N	intensiver	N
Kulturelle Beziehungen	73,9%	313	91,9%	433
Wirtschaftsbeziehungen	91,4%	313	98,2%	433
Politische Beziehungen	80,0%	310	94,2%	432

Tabelle 11: Wie viel würden Deutsche und Polen wohl bei einer Intensivierung ihrer Beziehungen gewinnen?

	polnische Befragte				deutsche Befragte			
	nichts	etwas	viel	N	nichts	etwas	viel	N
Kulturelle Beziehungen	15%	72%	13%	314	1%	52%	47%	432
Wirtschaftsbeziehungen	5%	59%	36%	314	2%	59%	39%	432
Politische Beziehungen	9%	72%	19%	310	3%	64%	34%	430

Tabelle 12: Eigene Kontakte

	polnische Befragte		deutsche Befragte	
	Ja	N	Ja	N
Würden Sie es im Rahmen Ihrer Tätigkeit als wünschenswert und nützlich beschreiben, Ihre Kontakte nach Polen/Deutschland zu intensivieren?	81%	309	77%	429
Halten Sie es abgesehen davon für wahrscheinlich, dass sich Ihr Kontakt nach Polen/Deutschland in Zukunft intensivieren wird?	61%	313	55%	430

Die fünfstufige Skala verlief von "definitiv nein" bis "definitiv ja", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "ja" zusammengefasst.

heiten unserer Befragten der Meinung, intensivere Beziehungen wären für beide Gesellschaften vorteilhaft, „viel zu gewinnen“ gibt es jedoch den meisten Befragten zufolge nicht. Auf deutscher Seite sind die Erwartungen bezüglich kultureller Beziehungen zwar erfreulicherweise nach wie vor relativ hoch gesteckt und hier drückt sich mit Sicherheit nicht zuletzt eine außerordentliche Wertschätzung der polnischen Kultur in beachtlichen Erwartungen (47 Prozent) aus. Doch jeweils klare Mehrheiten von 52 bis 64 Prozent erwarten für beide Gesellschaften lediglich „etwas“ zu gewinnen. Auf polnischer Seite sind diese begrenzten Hoffnungen mit Anteilen zwischen 59 und 72 Prozent sogar noch breiter gestreut, lediglich bei den

Wirtschaftsbeziehungen erwartet eine beachtliche Minderheit von 36 Prozent deutliche Vorteile für beide Seiten durch eine Intensivierung.

Doch wie werden sich die Beziehungen nun tatsächlich entwickeln? Gründen die Erwartungen auf tatsächliche Interessen und Intentionen? Dies lässt sich zweifellos am Besten mit Blick auf die konkreten Überlegungen der Befragten diskutieren, ihre *eigenen Kontakte* ins andere Land zu intensivieren. Tabelle 12 zeigt, dass, direkt nach einer Intensivierung eigener Kontakte befragt, die meisten der ausgewählten deutschen und polnischen Führungskräfte durchaus optimistisch gestimmt sind. Vorbehaltlich der Tatsache, dass eine positive Antwort auf unsere Fragen erheblich weniger Mühe „kostet“ als eine tatsächlich Entscheidung, halten es immerhin noch 55 Prozent auf deutscher und sogar 61 Prozent auf polnischer Seite für wahrscheinlich, dass sich eine solche Intensivierung tatsächlich im Rahmen der angesprochenen Tätigkeit ergeben wird. Vorausgesetzt, der jeweilige Partner auf deutscher bzw. polnischer Seite teilt diesen Optimismus, kann also nicht nur von einer auf gekoppelten Vorteilen beruhenden „Interessengemeinschaft“ der befragten Eliten ausgegangen werden. Auch ihre Realisierung kann erwartet werden – in konkreten Kontakten, die die „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ auf der im Freundschaftsvertrag projektierten Weise mit Leben und alltäglicher Relevanz erfüllen.

5. Wertegemeinschaft?

Weisen deutsche und polnische Eliten eine kulturelle Nähe auf, die auch den Begriff der „Wertegemeinschaft“ rechtfertigt? Versteht man „Wertegemeinschaft“ im Rückgriff auf Etzioni als *pars pro toto* verschiedener normativer Integrationsbestände wie gemeinsamer Werte und Normen, so stellt sich als erstes die Frage, welche Rolle ihnen für das Verhältnis beider Gesellschaften zueinander zugeschrieben werden kann. Bereits Parsons hat festgestellt, dass die Integration von Gesellschaften durch geteilte Werte und Normen zu den wesentlichen Deutungsmustern quasi aller bedeutenden Gesellschaftstheorien gehörte („einfache Konvergenzthese“). Sie machen menschliches Handeln koordinier- und berechenbar, etwa in dem sie bestimmte Verhaltensweisen wie physische Gewalt systematisch aus dem Repertoire der Akteure ausschließen und damit ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit hinsichtlich wirtschaftlicher oder politischer Verfahrensweisen garantieren. Gemeinsames Handeln wird vereinfacht, weil geteilte Werte als basale Setzung des Wünschenswerten auch ähnliche Handlungsziele in spezifischen Situationen vorzeichnen (vgl. auch Ajzen 1988, Halkema et al. 1992,

Scarborough/van Deth 1995)⁵. Darüber hinaus ermöglichen Erfahrungen kultureller Ähnlichkeit und induzierend wechselseitige Identifikationsprozesse zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft. Gemeinsame Werte werden damit indirekt zum Faktor von „Gemeinschaftsinn“ und der durch ihn gewährleisteten sozialen Kohäsion (Hogg 1992).

Entsprechend der in der Deutsch-Polnischen Elitestudie berücksichtigten zwei Ebenen deutsch-polnischer Beziehungen, sind hinsichtlich der Werte und Normen zwei unterschiedliche Dimensionen von Wertegemeinschaft – eine außenpolitische und eine gesellschaftliche im engeren Sinne – zu unterscheiden. Die Frage eines eher kognitiv und affektiv bestimmten „Gemeinschaftssinns“ geht über die Frage einer solchermaßen definierten Wertegemeinschaft hinaus und ist Thema des nächsten Abschnitts.

5.1 Außenpolitische Kultur

Die Bedeutung von Normen im außenpolitischen Bereich ist trotz Völkerrecht und der hohen Dichte bilateraler Verträge ein nach wie vor konträr diskutiertes Thema in den Internationalen Beziehungen (vgl. Katzenstein 1996, Kowert/Legro 1996, Finnemore 1996, Finnemore/Sikking 1998, Wendt 1999). Die zentrale Frage lautet dabei, inwieweit solche „ideellen“ Faktoren neben utilitaristischen Motiven überhaupt Erklärungskraft besitzen. Im Rahmen des hier gewählten Verständnisses von „vergesellschafteter Außenpolitik“ (s. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 20-25) ist die Annahme von Normen als prinzipiell bedeutsam jedoch fast zwingend, denn sie stellen wesentliche Argumente für die außenpolitischen Debatten in den betrachteten nationalen Öffentlichkeiten bereit (Campbell 1998). Kaum eine außenpolitische Debatte kommt heute in Deutschland oder Polen ohne Verweis auf „Europäische Einigung“ oder „Bündnisverpflichtungen“ aus, und außenpolitische Entscheidungsträger scheinen einem steigenden Druck ausgesetzt, ihre Politik öffentlich vor dem Hintergrund dieser normativen Argumentationslinien zu legitimieren. Es ist somit unerheblich, so die Annahme, ob Normen für außenpolitische Entscheidungsträger in einem psychologischen Sinn tatsächlich als verpflichtend empfunden werden, solange das demokratische Verfahren ihre Einhaltung erzwingt.

Als direkte Folge der grundlegenden Transformationsprozesse in beiden Gesellschaften nach 1989 war die Neudefinition der jeweiligen außenpolitischen Identität bzw. Rolle⁶ ein bestimmendes Thema (Hellmann 1996, Katzenstein 1997, Bingen 1997). Für beide ging da-

5 Dass dies jedoch auch zu Interessenkonflikten führen kann, wird im Anschluss diskutiert.

Tabelle 13: Wie sollte sich ihr Land in der Welt politisch beteiligen?

	polnische Befragte		Deutsche Befragte	
	Ja	N	Ja	N
... indem es ein "gutes Beispiel" gibt	73% (3.)	315	86% (2.)	431
... durch internationale Kooperation und Organisationen	93% (1.)	315	98% (1.)	437
... durch Vermittlung in internationalen Konflikten	82% (2.)	313	67% (3.)	436
... durch wirtschaftliche Mittel	72% (4.)	314	62% (4.)	434
... durch militärische Mittel	22% (5.)	314	12% (5.)	435

Rangordnung in Klammern

bei die Erfahrung einer neugewonnenen Unabhängigkeit notwendigerweise mit der Fragestellung einher, welches außenpolitische Instrumentarium denn dem eigenen Rollenverständnis in einem sich neu ordnenden internationalen System adäquat sei. Während in Polen allerdings der Beitritt zur NATO die Diskussion beherrschte, war für die deutsche Diskussion vor allem die Frage konstitutiv, inwieweit die Veränderungen eine Neubestimmung der deutschen Rolle innerhalb bestehender Bündnisverpflichtungen erforderlich machen. Im Hinblick darauf wurde im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie unter anderem nach dem außenpolitischen Instrumentarium gefragt, mit dem sich Deutschland bzw. Polen in der Welt politisch beteiligen sollte.

Ein Blick auf die in Tabelle 13 zusammengefassten Antworten der polnischen und deutschen Befragten ergibt für beide Gruppen eine klare Unterstützung ziviler Instrumente der Außenpolitik. Demgemäß wird die Teilnahme an internationalen Kooperationen und Organisationen mit überwältigender Mehrheit von rund 93 bzw. 98 Prozent empfohlen; als konkrete Strategien treffen Vermittlung, „ein Gutes Beispiel geben“ und wirtschaftliche Mittel auf breite Zustimmung. Demgegenüber sind militärische Mittel jeweils nur für eine kleinere Minderheit von 22 bzw. 12 Prozent eine Option. Seitens dieser – aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position – einflussreichen Persönlichkeiten herrscht somit Einigkeit, dass ihre Länder im wesentlichen als multilateral integrierte „Zivilmächte“ (Kirste/Maull 1996) auf dem internationalen Parkett agieren sollten.

6 Zum Begriff der außenpolitischen Rolle siehe Gaupp (1983), Walker (1987).

5.2 Verteilung gesellschaftlicher Werte

Erweitert man die Perspektive von der klassischen Außenpolitik zwischen Staaten auf einen Prozess zwischengesellschaftlicher Integration durch Handel, Wirtschaftsverflechtung und kulturelle Kontakte etc., so kann und sollte der Begriff der „Wertegemeinschaft“ jedoch ebenfalls in einem sehr viel weiteren Sinne gebraucht werden. „Wertegemeinschaft“ heißt dann, dass beide Gesellschaften sich auch in ihrem direkten, d.h. nicht durch staatliche Außenpolitik vermittelten Kontakt, auf der kulturellen Grundlage geteilter Überzeugungen und Problemsichten „verstehen“ (Berger/Luckmann 1967, Habermas 1981, Adler/Barnett 1998).

Der Verweis auf interkulturelles Verstehen erscheint dringend notwendig, denn moderne Gesellschaften stellen keinesfalls soziokulturell homogenen Gebilde dar. Sie sind eher ein „Patchwork“ verschiedener Milieus, Stile und geistiger Strömungen, die sich auch in pluralistisch verfassten Demokratien immer nur zum Teil durch die Parteien und Interessenverbände integrieren lassen (Mouffe 1999). Auch widerspricht es der Idee liberaler Demokratie und ihrer Betonung von Toleranz, inner- wie zwischengesellschaftliche kulturelle Homogenität als Bedingung oder gar Idealvorstellung demokratischer Gesellschaften darzustellen (Rawls 1993). Entsprechend kann es auch nicht darum gehen, vermeintlich „deutsche“ oder „polnische“ Werte zu erheben, und dann als mehr oder weniger kompatibel gegenüberzustellen.

Gleichwohl kann sich beispielsweise jeweils eine große Mehrheit von Mitgliedern einer Gesellschaft als religiös oder demokratisch orientiert zeigen. Dem kann insofern eine Bedeutung für die Qualität der Beziehungen zwischen Gesellschaften zugesprochen werden, als ein solcher Konsens die Wahrscheinlichkeit einer Interaktion *ähnlich* Gesinnter in grenzüberschreitenden Kommunikationsströmen signifikant erhöht und damit ein Verständnis der anderen Position und das Auffinden von gemeinsamen Interessen – bzw. für beide Seiten akzeptabler Kompromisse – erleichtert. Darüber hinaus verweisen die polnischen und deutschen Bemühungen um eine baldige EU-Mitgliedschaft Polens direkt auf das Problem soziopolitischer Integration, denn als Teil eines suprastaatlich integrierten Systems politischer Interessenvermittlung ist die Frage kultureller Varianz zwischen Deutschen und Polen auch eine Frage von auf europäischer Ebene verallgemeinerungsfähiger Interessen. Die Verteilung demokratischer Orientierungen verweist darüber hinaus auf die Legitimitätsressourcen einer allerdings erst im Entstehen begriffenen europäischen Demokratie. In der demokratietheoretischen Tradition kann darum zwischen einem Bereich von demokratischen Verfahrenswerten und einem eher auf soziale Milieus und für moderne Gesellschaften typische Konfliktlinien („cleavages“) verweisenden Bereich sozialkultureller Orientierungen unterschieden werden.

Während soziokulturelle Orientierungen wie gesagt in ihrer Pluralität nicht zu kritisieren sind (wohl aber ein Problem der Vermittelbarkeit darstellen können), erfordert jedes demokratische System einen gewissen Konsens hinsichtlich der Verfahrenswerte (und den Ausschluss jener aus dem politischen Leben, die diesen Konsens nicht zu teilen bereit sind).

In Tabelle 14 sind die wesentlichen Ergebnisse der in der Deutsch-Polnischen Elitestudie mit Hilfe mehrerer Fragen erhobener Wertmuster nach Konsens- und Dissenspotentialen aufgeführt. Konsens im Sinne einer gleichsinnigen Mehrheitsmeinung ergibt sich in der gewählten Darstellungsform aus der Auflistung im linken oberen bzw. rechten unteren Feld geteilter Zustimmung bzw. Ablehnung der erfragten Positionen. Dissens als gegensinnige Mehrheitenmeinung zeigt sich entsprechend im rechten oberen bzw. linken unteren Feld, die anderen Felder bezeichnen Kombinationen bei der für die deutschen oder/und polnischen Befragten kein klarer Konsens ermittelt wurde. Die eingetragenen Begriffe stellen die jeweils prägnantesten Pole von in der einschlägigen Forschung etablierter Wertdimensionen dar (vgl. Scarbrough/van Deth 1995).

Wie zu erwarten, stellen die demokratischen Verfahrenswerte ein überwiegend festes Fundament geteilter Wertorientierungen bereit, mit dem sich das Postulat einer „deutsch-polnische Wertegemeinschaft“ gut begründen lässt. Die Unterstützung der jeweiligen Verfassung und des konstitutiven Verfahrensaspekts eines allgemeinen Wahlrechts ist eindeutig. Manchen mag die große Unterstützung von Subsidiarität und Laizismus auf polnischer Seite überraschen. Zum einen zeigen sich die polnischen Befragten hier dem gerade in Deutschland populären Prinzip von Nachrangigkeit und kommunaler Selbstverwaltung verwandt. Zum anderen stimmt die polnische Elite – trotz im Schnitt deutlich höheren Religiosität – mit der deutschen mehrheitlich darin überein, dass die Kirche „sich nicht in die Politik einmischen sollte“ (so die gestellte Frage) und reduziert ihre Rolle damit auf eine kulturell bedeutsame aber politisch neutrale Kraft in der Gesellschaft. Ebenso eindeutig zeigen auch beide Eliten einen klaren Konsens in der Ablehnung der Idee des Sozialismus.

Gerade für das Selbstverständnis liberaler Demokratien ist der Umgang mit politischen wie kulturellen Minderheiten von zentraler Bedeutung. Das Verständnis begründeter politischer Toleranz ist wohl auf beiden Seiten eher mit dem Stichwort „wehrhafter Demokratie“ zu fassen, schließlich sollten demokratiefeindliche Extremisten nach der Meinung jeweils einer Mehrheit der Befragten nicht das Recht haben, für ihre Ideen öffentlich zu werben. Minderheitenschutz wird dagegen unterschiedlich bewertet: So sind die deutschen Befragten gespalten, was ihre Unterstützung des grundgesetzlich garantierten Minderheitenschutzes gegenüber Mehrheitsentscheidungen anbelangt. Die polnischen Befragten nehmen hier aller-

Tabelle 14: Demokratischer und gesellschaftspolitischer Wertekonsens

		deutsche Elite		
		über 50% Zustimmung	kein klarer Konsens	über 50% Ablehnung
polnische Elite	über 50% Zustimmung	Verfassung Subsidiarität Ökologie Laizismus allg. Wahlrecht*	Religiosität Linksmaterialismus	-
	kein klarer Konsens	-	kulturelle Toleranz	Autoritarismus
	über 50% Ablehnung	-	Minderheitenschutz	Sozialismus polit. Toleranz**

* Kategorisierung statistisch nicht hinreichend gesichert ($p < 95$ Prozent, dass eine absolute Mehrheit tatsächlich in der Grundgesamtheit vorliegt; einseitiger t-Test nach Fleiss 1981: 13).

** gegenüber demokratiefeindlichen Extremisten.

dings sogar mehrheitlich eine ablehnende Position ein. Gegenüber kulturellen Außenseitern wie Homosexuellen sind die Meinungen ebenfalls ambivalent: Als Lehrer akzeptieren sie die meisten deutschen, nicht aber eine Mehrheit der polnischen Befragten. Dass Homosexuelle im Fernsehen für ihren Lebensstil werben, halten demgegenüber die meisten der polnischen Befragten nicht für wünschenswert, während die deutschen Befragten diesbezüglich eher gespalten sind.

Auf weiteren gesellschaftspolitisch relevanten Wertdimensionen zeigen sich ebenfalls signifikante Differenzen: Die Umwelt ist zwar laut beider Eliten so wichtig, dass ein Teil wirtschaftlicher Prosperität hierfür geopfert werden sollte. Religiosität und Autoritarismus („Gehorsam“ und „Ordnung“ als kulturelle Tugenden bzw. Werte) sind jedoch wenn auch nicht mehrheitlich im Dissens, so doch auch nicht konsensual verteilt. Schließlich ist die Verteilung sogenannter „linksmaterialistischen“ Überzeugungen besonders bemerkenswert: Auch wenn die Idee des Sozialismus auf beiden Seiten mehrheitlich als gescheitert bezeichnet wird, zeigen sich die polnischen Befragten wesentlich „sozialistischer“ was zentrale Überzeugungen zu Themen wie die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme anbelangt (vgl. ausführlicher Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Kap. 8).

6. Gemeinschaftssinn: Verbundenheit und „subjektive Interessengemeinschaft“

Der Begriff der „Wert- und Interessengemeinschaft“ ist mit den bisher diskutierten Gemeinsamkeiten in wichtigen Teilen angesprochen und, wie gesehen, auch einer empirischen Bestandsaufnahme zugänglich. Die weitgehend positiven Ergebnisse ermutigen dazu, den Begriff als zutreffende Beschreibung der auf Eliteebene verteilten Orientierungen zu nutzen. Trotzdem fehlt damit in dieser Diskussion etwas, was in Integrationstheorien – seien sie inner- oder zwischengesellschaftlich orientiert – stets einen prominenten Platz einnimmt: „Gemeinschaftssinn“. Auch wenn Etzioni diesen Aspekt – wie im ersten Abschnitt erläutert – umstandslos dem „normativem Bereich“ zuschlägt, sperrt sich dieser einer einfachen Subsumtion unter die „Werte und Interessen“-Begrifflichkeit. Auch der im Vertrag von 1991 formulierte Begriff der „Freundschaft“ zwischen Deutschland und Polen findet hier offensichtlich seinen Anknüpfungspunkt; ein Zustand der über „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ insofern hinausgeht, als er nicht nur ein gewaltfreies und in Maßen solidarisches Auskommen miteinander impliziert, sondern auch auf eine affektiv aufgeladene und auf sozialpsychologischer Identifikation beruhende Wahrnehmung des anderen verweist. Alle wesentlichen Integrationstheorien haben diesem Aspekt in der einen oder anderen Weise Beachtung geschenkt (Deutsch et al. 1957: 36, Etzioni 1968, Lindberg 1971, Frei 1985, W. Wallace 1990, H. Wallace 1997, Adler 1997). Für den europäischen Einigungsprozess wurde vor allem seine Rolle als „diffuse“, d.h. nicht von einzelnen Politikergebnissen abhängige Legitimitätsressource kollektiver Entscheidungsstrukturen herausgehoben (Lindberg 1971, Niedermayer/Westle 1995, grundlegend Easton 1975). Auch die Bereitschaft, redistributive Maßnahmen zwischen den einzelnen Regionen innerhalb der Europäischen Union auf Dauer zu akzeptieren, ist eine Frage von Gemeinschaftssinn. Nur dieser kann das sozialpsychologische Fundament für ein Denken in Kategorien wie „Gemeinwohl“ oder „Solidarität“ bilden, ohne die sich Zustimmung zu einer europäischen Struktur- und Sozialpolitik kaum dauerhaft herstellen lassen wird (Barber 1994, Kielmansegg 1996).

6.1 Wechselseitige Gefühle von Verbundenheit

In diesem Sinne ist das deutsch-polnische Verhältnis auf Eliteebene allerdings noch weit vom anvisierten Zustand der Freundschaft entfernt. Dies belegen die Angaben der Befragten zu

Tabelle 15: Verbundenheit

	polnische Befragte		deutsche Befragte	
	stark	N	stark	N
mit den eignen Landsleuten und dem eigenen Land?	96%	315	68%	424
mit den Europäern und Europa als Ganzem?	66%	291	66%	426
mit den Franzosen und Frankreich?	25%	306	41%	426
mit den Polen/Deutschen und Polen/Deutschland?	17%	307	22%	426

Die fünfstufige Skala verlief von "überhaupt nicht" bis "sehr stark", die Stufen vier und fünf wurden in der Tabelle zu "stark" zusammengefasst.

wechselseitigen Gefühlen von Verbundenheit (Tabelle 15). Nur 17 bzw. 22 Prozent der Befragten fühlen sich mit dem jeweiligen anderen Land und seiner Bevölkerung mehr oder weniger stark verbunden. Die Relevanz dieser Angaben erschließt sich dabei weniger durch eine Interpretation einzelner Antwortkategorien von „stark“ oder „schwach“ als durch einen Vergleich mit den ergänzend vorgelegten Objekten von Verbundenheit. Zwar wird auf polnischer Seite den Franzosen und Frankreich kaum mehr Verbundenheit entgegengebracht (25 Prozent), auf deutscher Seite ist der Anteil mit rund 41 Prozent gegenüber 22 Prozent aber fast doppelt so hoch. Dies gibt nicht nur ein klares Zeugnis von den Erfolgen deutsch-französischer Gesellschaftsbeziehungen, es gibt auch eine Richtschnur für zukünftige Anstrengungen vor, die der Freundschaftsvertrag impliziert. Auf der anderen Seite scheint der Abstand zwischen den verschiedenen Eckpunkten des „Weimarer Dreiecks“ aber auch kaum so weit auseinander, als dass sich dieses Verhältnis in Bezug auf den betrachteten Aspekt eines Gemeinschaftsgefühls nicht auf Dauer zu einer trilateral ausgeglichenen Veranstaltung entwickeln könnte.

Besonders positiv sei an dieser Stelle die Tatsache vermerkt, dass eine europäische Identität auf beiden Seiten bereits bei einer Mehrheit vorhanden ist (jeweils rund 66 Prozent). Diese emotionale Bindung an Europa mag bereits eine feste Klammer kognitiven Gemeinschaftssinns um beide Eliten legen, derer sie sich möglicherweise auf Dauer gar nicht entziehen können. Angesichts ähnlicher Wertorientierungen, Interessen und eines eher steigenden Austauschs kann darüber hinaus die Prognose formuliert werden, dass Erfahrungen kultureller Ähnlichkeit und gemeinsamer Interessen auf beiden Seiten soziale Identifikationsprozesse

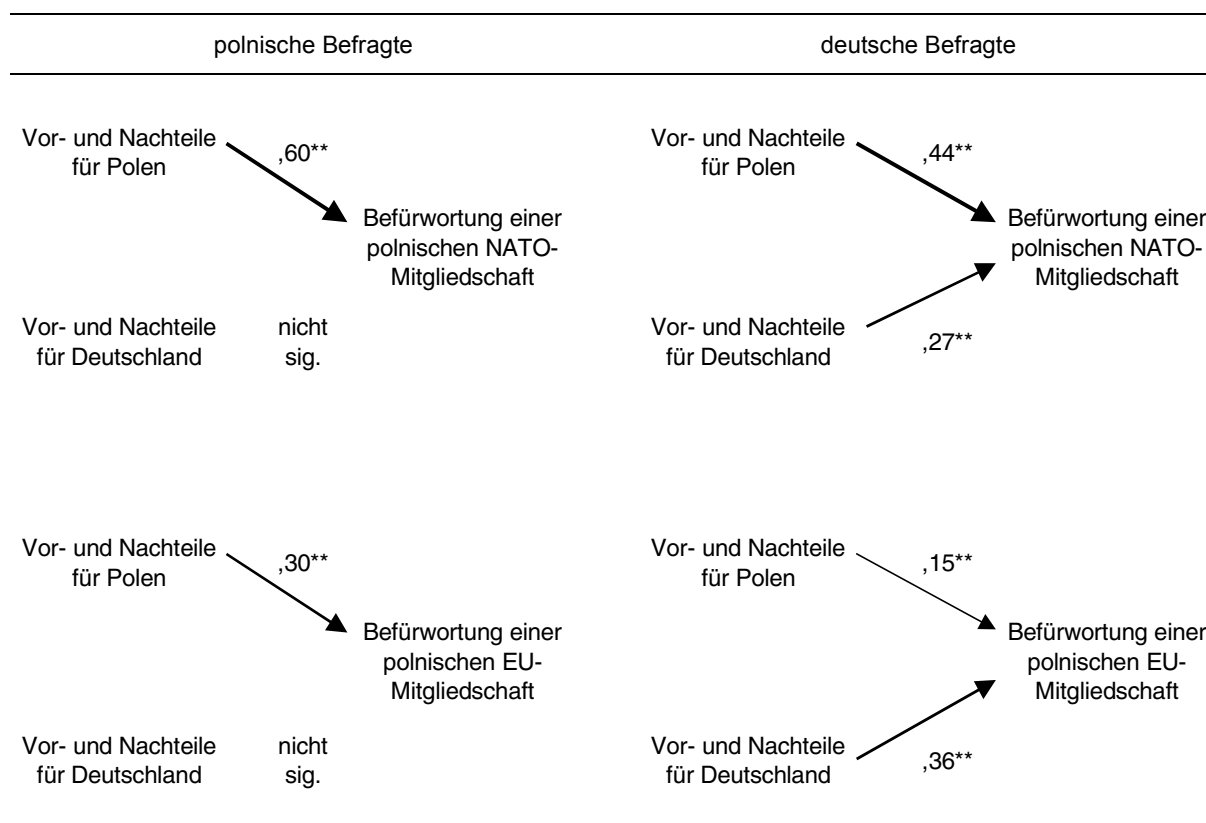
fördern, die langfristig zu einem wesentlich höheren Niveau von Gemeinschaftssinn führen dürften (Worchel 1986, Hewstone 1989, Hogg 1992; zu den Problemen einer solchen Prognose ausführlich Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Kapitel 11).

6.2 "Subjektive Interessengemeinschaft"?

Sozialpsychologische Diskussionen von „Gemeinschaft“ mögen manchem nebensächlich erscheinen: Geht es um affektiv bestimmten Gemeinschaftssinn auf dem Feld der Außenpolitik oder etwa bei unternehmerischen Entscheidungen so erhebt sich stets die Frage, wieweit Gefühle von Verbundenheit angesichts klar konturierter Interessen überhaupt handlungsmächtig werden. Dabei wird häufig verkannt, dass die Definition von Interessen nie eindeutig im Rekurs auf „objektive“ Gegebenheiten erfolgt, sondern höchst subjektive Setzungen voraussetzt, *wessen* Vorteil in einer konkreten Situation überhaupt optimiert werden soll. In Verbundenheit drückt sich nun aber mehr aus als ein bloßes Gefühl. Es sind erste Anzeichen kollektiver Identitäten im Sinne individuell vorliegender Definitionen eines „Wir“, die die Definition von Interessen und Vorteilen maßgeblich beeinflussen können (Wildavsky 1994, Wendt 1994 1999).

Allgemeiner formuliert zeichnen sich Integrationsprojekte – dies gilt für Nationalstaaten ebenso wie beispielsweise für die Europäische Union – im günstigen Falle nicht nur durch einen Konsens über Werte und kompatible Interessen aus, sondern sind ihrerseits in der Lage, die utilitaristischen Kalkulationen der beteiligten Gesellschaften auf einer höheren Stufe zu verallgemeinern. „*Interessengemeinschaft*“ in einem weitergehenden Sinne bedeutet demgemäß nicht nur eine gekoppelte Wahrnehmung „nationaler Interessen“, wie oben diskutiert, sondern Gemeinwohlorientierung, d.h. die Wahrnehmung *kollektiver* Interessen als Ausdruck eines signifikanten Grades an Gemeinschaftssinn. Dieser Sachverhalt ist nicht nur für ein republikanisches oder deliberatives Demokratieverständnis konstitutiv (Habermas 1992, Barber 1994) und daher von demokratietheoretischem Interesse. Er ist auch von außerordentlicher Bedeutung für das theoretische Verständnis des internationalen Systems, weil er für bestimmte Regionen einen Zustand postuliert, in dem die klassische außenpolitische Logik strategischer, d.h. „relativer“ Vorteile bereits überwunden ist (Wendt 1992, Powell 1994, vgl. Ecker-Ehrhardt 1999). Wegen der zentralen Rolle der Wahrnehmung gekoppelter Interessen lässt sich dies günstigerweise mit dem Begriff der „*subjektiven Interessengemeinschaft*“ belegen.

Abbildung 1: Subjektive Interessengemeinschaft?



** p < 0,01

Multivariate Regression mit OLS, Einträge sind standardisierte "Beta"-Koeffizienten. Vor- und Nachteile wurden als Index in die Rechnung eingeführt. Im Falle der NATO waren das auf deutscher Seite die Items zu Sicherheit, Einfluss und Kosten, auf polnischer Stabilität, Anerkennung, Sicherheit und Kosten (vgl. Tabellen 2 + 3). Im Falle der EU waren das auf deutscher Seite neue Märkte, Sicherheit, Einfluss, Kosten und Arbeitslosigkeit (vgl. Tabellen 6 + 7). Die unkategorisierten Variablenwerte zu Nachteilen (Kosten, Arbeitslosigkeit) wurden von denen zu Vorteilen abgezogen.

Einen minimalen Grad subjektiver Interessengemeinschaft zwischen deutschen und polnischen Eliten würde wohl einen weitgehenden Konsens darüber voraussetzen, dass die Erreichung wesentlicher außenpolitischer Ziele für *beide* Seiten nutzbringend oder zumindest nicht schädlich sein sollte. Einen Weg, diese Logik zu ergründen, bieten die bereits deskriptiv analysierten Antwortverteilungen zu Vor- und Nachteilen einer EU- und NATO Mitgliedschaft Polens. Bewusst haben wir diese Erwartungen nicht nur bezüglich eigener nationaler Vor- und Nachteile abgefragt, sondern auch die Elite des anderen Landes um eine Bewertung darüber gebeten, ob diese Erwartungen tatsächlich eintreten werden. Mit Hilfe multivariater

Regressionsmodelle soll nun abschließend das Vorhandensein *vergemeinschafteter Nutzenkalkulationen* in beiden Eliten ermittelt werden.⁷

Die in Abbildung 1 referierten Regressionsschätzungen stützen zumindest für die deutsche Seite die optimistische Hypothese, dass die befragten Eliten nicht nur den Nutzen eigener „nationaler“ Vorteile ihrer Bewertung einer Aufnahme Polens in die EU bzw. NATO zugrunde legen, sondern eben auch die Vorteile für die andere Gesellschaft: In beiden Fällen hängt die Zustimmung zu einer Erweiterung nicht nur mit der Erwartung von Vorteilen für Deutschland, sondern eben auch für Polen systematisch zusammen. Auf polnischer Seite variiert dagegen nur die Erwartung von Vorteilen für Polen mit einer Zustimmung zu den Polnischen Wünschen nach Aufnahme bzw. Erweiterung von NATO (damals ja noch nicht vollzogen) und EU.⁸ Somit kann festgestellt werden, dass zwar alles in allem die klassische Logik des „nationalen Interesses“ das Denken der deutschen und polnischen Elite nach wie vor bestimmen dürfte, aber doch zumindest auf deutscher Seite eine auf Empathie fußende „subjektive Interessengemeinschaft“ mit Polen bereits empirisch nachweisbar ist.

7 Dies geschieht unter der Annahme, dass aufzudeckende Zusammenhänge als Spuren kausaler Ursache-Wirkungs-Ketten zwischen den gemessenen Orientierungen interpretiert werden können.

8 Natürlich lassen sich auch die unterschiedliche Intensität der Zusammenhänge interpretieren, obgleich hier Vorsicht geboten ist: Es wurden jeweils unterschiedliche Gewinne und Kosten der jeweiligen Erweiterungsprozesse erfragt, eine Vollständigkeit aller relevante Evaluationskriterien kann allerdings ebenso wenig angenommen werden wie ein bezüglich beider Prozesse vergleichbarer Grad an Vollständigkeit.

7. Fazit: eine „Interessen- und Wertegemeinschaft“?

Gesellschaftliche Positionseliten nehmen – gemäß der im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie eingenommenen Perspektive – eine Schlüsselstellung im deutsch-polnischen Integrationsprozess ein. Im Sinne einer Zunahme an sozialer, wirtschaftlicher und politischer Vergemeinschaftung meint Integration dabei nicht weniger als die Verwirklichung des im Vertrag von 1991 ambitioniert formulierten Projekts von „Freundschaft“ und „gutnachbarschaftlicher Beziehungen“. Auf der Ebene von Werten, Interessen und Gemeinschaftssinn zeigen die befragten Eliten einen Grad an Gemeinsamkeit, der das in interessierten Kreisen zirkulierende Postulat einer „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft“ in einigen zentralen Punkten gerechtfertigt erscheinen lässt. Lediglich hinsichtlich des geringen Grades an Gemeinschaftssinn lassen sich Probleme ausmachen, die eine weitere Diskussion dringend erfordern. Es mag nicht überraschen, dass auch die einschlägige Warnung von den auf beiden Seiten verbreiteten Vorurteilen – die wir übrigens auch auf Eliteebene im Rahmen unserer Studie nachweisen konnten (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001) in diese Kerbe schlägt, und eine mentale Annäherung anmahnt. Dass sich auf der Ebene der Werte und Normen keine wesentlichen Differenzen zeigen lassen, gibt Grund zur Entwarnung: Wie die Ergebnisse der Deutsch-Polnischen Elitestudie (Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Kapitel 8 und 11) belegen, sind von einer weiteren Verflechtung beider Gesellschaften wechselseitige Erfahrungen kultureller Nähe zu erwarten, die diese Lücken langfristig schließen dürften.

Literatur

- Adler, E. (1997), Imagined (Security) Communities: Cognitive Regions in International Relations in: *Millennium*, 26(2), S. 249-277.
- Adler, E. und M. N. Barnett (Hg.) (1998), *Security Communities*. Cambridge, New York.
- Ajzen, I. (1988), *Attitudes, personality, and behavior*. Milton Keynes.
- Barber, B. (1994), *Starke Demokratie*, Hamburg.
- Berger, P. L. und T. Luckmann (1967), *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*, London.
- Bingen, D. (1997), *Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991*, Köln.
- Bingen, D. (1998), *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991*, Baden-Baden.
- Bürklin, W., et al. (Hg.) (1997), *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen.
- Campbell, J. L. (1998), Institutional analysis and the role of ideas in political economy, in: *Theory and Society*, 27, S. 377-409.
- Czempiel, E.-O. (1994), Die Intervention. Politische Notwendigkeit und strategische Möglichkeiten, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 35. Jg.(Heft 3), S. 402-422.
- Deutsch, K. W. (1966), *Nationalism and Social Communication*, Cambridge.
- Deutsch, K. W. (1968), *Die Analyse internationaler Beziehungen. Konzeption und Probleme der Friedensforschung*, Frankfurt a. M.
- Deutsch, K. W., et al. (1957), *Political Community and the North Atlantic Area*, New York.
- Deutsch, K. W. und L. J. Edinger (1973), *Germany Rejoins the Power*, New York.
- Deutsch, K. W., et al. (1971), *France, Germany and the Western Alliance: A Study on Elite Attitudes on European Integration and World Politics*, New York.
- Deutsch, K. W. und W. J. Foltz (Hg.) (1963), *Nation-Building*, London.
- Easton, D. (1975), A Re-assessment of the Concept of Political Life, in: *British Journal of Political Science*, 5, S. 435-457.
- Eberwein, W.-D. und M. Ecker-Ehrhardt (2001), *Deutschland und Polen: eine Werte und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive*, Opladen.
- Ecker, M. (1998), *Die „deutsch-polnische Elitestudie“. Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe*, Berlin.
- Etzioni, A. (1968), *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes*, New York.
- Etzioni-Halevy, E. (1993), *The Elite Connection*, Cambridge.
- Field, L. G. und J. Highley (1983), *Eliten und Liberalismus: ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten. Zusammenhänge, Möglichkeiten, Verpflichtungen*, Opladen.
- Finnemore, M. (1996), Norms, culture, and world politics: insights from sociology's institutionalism, in: *International Organization*, 50(2), S. 325-347.

- Finnemore, M. und K. Sicking (1998), International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization*, 52(4), S. 887-917.
- Fisher, W. E. (1969), An Analysis of the Deutsch Soziocausal Paradigm of Political Integration, in: *International Organization*, 23(4), S. 254-290.
- Frei, D. (1985), Integrationsprozesse. Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen, in: W. Weidenfeld (Hg.), *Die Identität Europas*, München, Wien, S. 113-131.
- Gaupp, P. (1983), *Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen*, Bern.
- Gerhards, J. (1993), Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 22(2), S. 96-110.
- Groom, A. J. R. und P. Taylor (Hg.) (1990), *Frameworks for International Co-operation*, London.
- Haas, E. B. (1958), *The Uniting of Europe: Political, Social, and Economic Forces 1950-1957*, Stanford, Calif.
- Habermas, J. (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*, Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1992), *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.
- Helkama, K., et al. (1992), Value Systems and Political Cognition, in: G. M. Breakwell (Hg.), *Social Psychology of Political And Economic Cognition*, London, S. 7-32.
- Hellmann, G. (1996), Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: *Mershon International Studies Review*, 40 (supplement 1), S. 1-40.
- Hewstone, M. (1989), Changing Stereotypes with Disconfirming Information, in: D. Bar-Tal et al (Hg.), *Stereotypes and Prejudice. Changing Conceptions*, New York, S. 207-24.
- Hoffmann-Lange, U. (1990), Eliten in der modernen Demokratie. Fragestellungen, theoretische Ansätze und Ergebnisse der Eliteforschung, in: L. f. p. B. Baden-Württemberg (Hg.), *Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Berlin/Köln, S. 11-27.
- Hoffmann-Lange, U. (1992), *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Hoffmann-Lange, U., et al. (1981), *Nationale Führungspositionen in der Bundesrepublik Deutschland. Beschreibung der Positionsauswahl für die Studie „Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981“*, Mannheim.
- Hogg, M. A. (1992), *The Social Psychology of Group Cohesiveness*, New York.
- Katzenstein, P. J. (Hg.) (1996), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York.
- Katzenstein, P. J. (1997), United Germany in an Integrating Europe, in: P. J. Katzenstein (Hg.), *Tamed Power: Germany in Europe*, Ithaka, S. 1-47.
- Keohane, R. O. und J. S. Nye Jr. (Hg.) (1972), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge.
- Keohane, R. O. und J. S. Nye (1977), *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston.

- Kielmansegg, P. G. (1996), *Integration und Demokratie*, in: M. Jachtenfuchs und B. Kohler-Koch (Hg.), *Europäische Integration*, Oladen, S. 47-72.
- Kirste, K. und H. W. Maull (1996), *Zivilmacht und Rollentheorie*, in: ZIB, 3(2), S. 283-312.
- Kowert, P. und J. Legro (1996), *Norms, Identity, and Their Limits: A Theoretical Reprise*, in: P. J. Katzenstein (Hg.), *The culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, S. 451-497.
- Lindberg, L. N. (1971), *Political Integration as a Multidimensional Phenomenon Requiring Multivariate Measurement*, in: L. N. Lindberg und S. A. Scheingold (Hg.), *Regional Integration*, Cambridge, S. 45-127.
- Lisiecki, S. (1996), *Die offene Grenze*, Potsdam.
- Moravcsik, A. (1998), *The Choice for Europe: From Messina to Maastricht*, Ithaca, New York.
- Mouffe, C. (1999), *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism*, in: *Social Research*, 66(3), S. 745-58.
- Niedermayer, O. und B. Westle (1995), *A Typology of Orientations*, in: O. Niedermayer und R. Sinnott (Hg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*, S. 33-51.
- Oschlies, W. (1996), *Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996. Teil II: Stereotype und Realitäten*, Köln.
- Powell, R. (1994), *Anarchy in international relations theory: the neorealist-neoliberal debate*, in: *International Organization*, 48(2), S. 313-344.
- Puchala, D. J. (1971), *International Transactions and Regional Integration*, in: L. N. Lindberg und S. A. Scheingold (Hg.), *Regional Integration*, Cambridge, MA, S. 128-159.
- Puchala, D. J. (1981), *Integration Theory and the Study of International Relations*, in: R. L. Merritt und B. M. Russett (Hg.), *From National Development to Global Community. Essays in Honor of Karl W. Deutsch*, Boston, S. 145-164.
- Rawls, J. (1993), *Political Liberalism*, New York.
- Rebenstorf, H. (1995), *Die politische Klasse: Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite*, Frankfurt a. M., New York.
- Risse-Kappen, T. (Hg.) (1995), *Bringing Transnational Relations Back*, in: *Non-State-Actors, Domestic Structures and International Institutions*, Cambridge.
- Scarborough, E. und J. W. Van Deth (Hg.) (1995), *The Impact of Values*, Oxford.
- Schmitter, P. C. (1971), *A Revised Theory of Regional Integration*, in: L. N. Lindberg und S. A. Scheingold (Hg.), *Public Opinion and Regional Integration*, Cambridge, MA, S. 232-264.
- Schmitter, P. C. (1996), *Examining the Present Euro-Polity with the Help of Past Theories*, in: G. Marks et al. (Hg.), *Governance in the European Union*, London, Thousand Oaks, Greater Kalish, S. 1-14.
- Sinnott, R. (1995), *Bringing Public Opinion Back*, In, in: O. Niedermayer und R. Sinnott (Hg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford, S. 11-32.
- Stammer, O. (1951), *Das Elitenproblem in der Demokratie*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*, 71, S. 513-540.

- Stone Sweet, A. und W. Sandholtz (1998), *Integration, Supranational Governance, and the Institutionalization of the European Polity*, in: W. Sandholtz und A. Stone Sweet (Hg.), *European Integration and Supranational Governance*, Oxford, S. 1-26.
- Walker, S. G. (Hg.) (1987), *Role Theory and Foreign Policy Analysis*, Durham, Duke.
- Wallace, H. (1997), *Pan-European Integration: A Real or Imagined Community?*, in: *Government and Opposition*, 32, Nr. 2, S. 215- 233.
- Wallace, W. (1990), *The Transformation of Western Europe*, London.
- Wendt, A. (1999), *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Wendt, A. E. (1994), *Collective Identity Formation and the International State*, in: *American Political Science Review*, 88(2), S. 384-396.
- Wessels, B. (1995), *Evaluations of the EC: Elite or Mass-Driven?*, in: O. Niedermayer und R. Sinnott (Hg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford, S. 137-162.
- Wildavsky, A. (1994), *Why self-interest means less outside of a social context. Cultural contributions to a theory of rational choice*, in: *Journal of Theoretical Politics*, 6(2), S. 131-59.
- Worchel, S. (1986), *The Role of Cooperation in Reducing Intergroup Conflict*, in: S. Worchel und W. G. Austin (Hg.), *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago, S. 288-304.
- Zapf, W. (1965), *Wandlungen der deutschen Elite*, München.

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301
Wolf-Dieter Eberwein
Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302
Yasemin Topçu
Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303
Wolf-Dieter Eberwein
**Umwelt – Sicherheit – Konflikt
Eine theoretische Analyse**

P 97 – 304
Peter Brecke
Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301
Wolf-Dieter Eberwein
Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
Disasters and Violence 1946 – 1997. The link between the natural and the social environment

P 98 – 303
Catherine Götze
Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304
Ortwin Renn und Andreas Klink
Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305
Matthias Ecker
Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“: Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

P 99-302

Yasemin Topçu

Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field

P 99-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design

P 99-304

Catherine Götze

**Von der humanitären zur Entwicklungshilfe
Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes**

P 99-305

Uta Bronner

Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung

P 99-306

Nikola Gillhoff

Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?

P 99-307

Matthias Ecker

„Political Boundary Making“ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2000

2001

P 00-301

Sven Chojnacki

Wolf-Dieter Eberwein

**Die Kultur der Prävention:
Ein Ansatz zur Zivilisierung
internationaler Politik?**

P 00-302

Peter Brecke

**Risk Assessment Models and
Early Warning Systems**

P 00-303

Tørris Jæger

**Die Schutzfunktion humanitärer
Hilfe**

P 00-304

Michael Schloms

**Divide et impera –
Totalitärer Staat und humanitäre
Hilfe in Nordkorea**

P 00-305

Sarah Reichel

**Transnational Administrations
in former Yugoslavia:
A repetition of failures or a
necessary learning process toward
a universal peace-building tool
after ethno-political war?**

P 00-306

Francois Jean

Tschetschenien – Moskaus Rache

Bestellschein

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender: _____

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB:
Please send me the following WZB-Papers:

Paper-Nr.:	Autor:

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine 1 DM-Briefmarke pro paper als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem Ausland werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von papers per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahmen unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are asked to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

Because of this, it is no longer possible to order papers over the phone or by telefax. Please send your orders only by letter to the WZB-Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.